

E-Control
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, BearbeiterIn
BR/SA/48101

Klappe (DW) Fax (DW)
39204 100265

Datum
19.11.2018

Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018 geändert wird (SNE-V 2018 - Novelle 2019)

Der Österreichische Gewerkschaftsbund dankt für die Übermittlung des oben genannten Verordnungsentwurfes und erlaubt sich, dazu wie folgt Stellung zu nehmen:

Die Novelle der Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018 der Regulierungskommission der E-Control (REK) ist Grundlage für die im Kalenderjahr 2019 anzuwendenden Entgelte für die Systemnutzung der österreichischen Stromnetze (§ 49 EIWOG 2010). Die Komponenten Netznutzungsentgelt, Netzverlustentgelt, Netzbereitstellungsentgelt, Systemdienstleistungsentgelt, Entgelt für Messdienstleistungen und Entgelt für sonstige Leistungen sind durch Verordnung der Regulierungsbehörde zu bestimmen. Basis dafür sind die Kosten- und Mengenermittlungen der Energie-Control Austria, die durch den Vorstand der E-Control mittels Bescheid festgestellt wurden (§ 48 Absatz 1 EIWOG 2010).

Für den Österreichischen Gewerkschaftsbund liegen die wichtigsten Ziele der Regulierung der Stromnetze in der langfristigen Sicherstellung der Versorgungssicherheit sowie in der Leistbarkeit von Energie. Die Netzregulierung muss somit einen kosteneffizienten Netzbetrieb mit ausreichenden Investitionsanreizen für die Netzbetreiber in Einklang bringen.

Darüber hinaus soll die Regulierung darauf Bedacht nehmen, dass die Erreichung von gesamtwirtschaftlichen Zielen bestmöglich unterstützt wird – insbesondere hinsichtlich des Beitrages zu Wachstum und Beschäftigung. Bei der Überwälzung von geprüften Kosten auf nachgelagerte Netzebenen muss eine faire Lastenverteilung gegeben sein.

Der Österreichische Gewerkschaftsbund hält einleitend fest, dass eine endgültige Beurteilung der vorliegenden Novelle der SNE-V 2018 erst nach weiterführenden Erläuterungen durch die E-Control möglich ist und behält sich daher eine allfällige ergänzende Stellungnahme für den Regulierungsbeirat (§ 19 E-ControlG) vor.

Der ÖGB ersucht um Nachreichung und umfassende Erläuterung der geplanten Änderungen und deren Auswirkungen und der regulatorischen Überlegungen – die ohne zusätzliche Erläuterung im Rahmen des Regulierungsbeirats kaum nachvollzogen werden können. Anschließend wäre eine entsprechende Anpassung und Erweiterung der Inhalte der Materialien der zu erlassenden Verordnung vorzunehmen.

Dies betrifft vor allem folgende Inhalte:

- Ursachen der Steigerungen der Netzkosten in den meisten Netzgebieten, die deutlichen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sowie für die Entwicklung der Engpassmanagementkosten: in den Erläuternden Bemerkungen werden die „signifikanten Veränderungen“ mit dem Beginn der neuen Regulierungsperiode und dem spürbaren Anstieg der Kosten für das Engpassmanagement begründet, jedoch keine Angaben zum aktuellen Kostenniveau sowie zu den Gründen der erwarteten Kostensteigerungen gemacht.

Netzverlustentgelte: Die in allen Netzbereichen verordneten und Großteils massiven Erhöhungen der Netzverlustentgelte werden zwar in den Erläuternden Bemerkungen herausgestrichen, jedoch nicht weiter begründet.

- Der ÖGB hat in seiner Stellungnahme zur SNE-VO 2018 die Öffnung der Teilnahme am Regelreservemarkt für die Netzebene 7 begrüßt. In diesem Zusammenhang erneuern wir unsere Forderung nach einer umfassenden Evaluierung dieser Maßnahme und ersuchen erneut um Veröffentlichung der Ergebnisse.
- Systemdienstleistung: Durch das Systemdienstleistungsentgelt werden von den Erzeugern dem Regelzonenführer die Kosten des Ausgleichs von Lastschwankungen über die Sekundärregelung abgegolten. In der vorliegenden Verordnung werden die Tarife um 90% abgesenkt, was die E-Control mit dem Inkrafttreten der EU-Verordnung 2017/2195 zur Festlegung einer Leitlinie über den Systemausgleich im Elektrizitätsversorgungssystem begründet.

Der ÖGB hat bereits im Vorjahr in seiner Stellungnahme zur SNE-V 2018 die E-Control ersucht, bezüglich der nationalen Umsetzung der Guideline, Gespräche mit den Sozialpartnern aufzunehmen, um zeitnah gemeinsam einen Umsetzungsvorschlag zu erarbeiten. An den ÖGB ist keine Einladung zu Gesprächen erfolgt. Wir erneuern daher unsere Forderung, den Gesprächsweg zu suchen, anstatt via Verordnung Tatsachen zu schaffen, die von der ZahlerInnenseite – die Positionen von Arbeiterkammer und Wirtschaftskammer sind dem ÖGB bekannt – abgelehnt werden: Der von der E-Control gewählte „technische“ Weg führt zu einer massiven Umverteilung der Kosten von den Erzeugern zu den Stromverbrauchern – österreichische Unternehmen in Gewerbe und Industrie, ArbeitnehmerInnen in ihrer Eigenschaft als KonsumentInnen und Landwirten.

Wir appellieren daher an die E-Control, die in der gegenständlichen Verordnung in § 9 vollzogene Umstellung der Kostentragung in der Regelenergie zu unterlassen und stattdessen die nach EU-VO gangbare Möglichkeit einer Freistellung in Anspruch zu nehmen und das entstehende Zweijahresfenster zu nutzen, um gemeinsam mit den

Sozialpartnern eine gesetzliche Regelung zu arbeiten: die vom BMNT für Ende 2019 angekündigte Novelle des EIWOG bietet den Rahmen, eine auf breitem Konsens basierende Gesetzesvorlage zu erarbeiten.


Hintergrund:

Durch die – nach Erachtens des ÖGB auch im Widerspruch zur gesetzlichen Grundlage im EIWOG (§ 69 Absatz 1) stattfindenden – Umstellung des Systemdienstleistungsentgelts werden die Ausgleichsenergiekosten den Bilanzgruppen angehaftet, was besonders in die Ökostrombilanzgruppe der OeMAG durchschlägt. Diese Bilanzgruppe hat bezüglich der Kosten das Alleinstellungsmerkmal eines Durchläufers direkt in die Stromrechnungen der EndkundInnen: geförderte Ökostromanlagen beteiligen sich nicht an den Kosten der Regelenenergie, mittels Ökostromförderbeitrag und Ökostrompauschale werden also die EndkundInnen „einspringen“ müssen. Dadurch fehlt einerseits der Anreiz für die Anlagenbetreiber Ausgleichsenergiekosten zu vermeiden und andererseits entsteht durch den laufenden Erneuerbarenausbau und das innerstaatliche Ziel, von bilanziell 100% Strom aus Erneuerbarer Erzeugung im Jahr 2030, eine programmierte Kostendynamik zu Lasten der EndkundInnen: mehr volatile Erzeugung bedeutet mehr Kosten für das Engpassmanagement, bedeutet höhere Stromrechnungen. Eine breite ZahlerInnenbasis und faire Kostenverteilung sind nach Ansicht des ÖGB neben der effizienten und kostenoptimalen Verwendung der Endkundengelder die unbedingten Voraussetzungen für eine die gesamtgesellschaftliche Unterstützung der Energiewende.

Der ÖGB tritt daher für eine faire Beteiligung aller Systemnutzer an den Systemkosten ein, die gleichzeitig Anreize schafft die Kosten für die Regelenenergie im System zu senken und lehnt die einseitige Entlastung der Erzeuger ab: eine angemessene Kostenbeteiligung der Erzeugerseite ist notwendig und bietet den impliziten Anreiz, die Kosten für die Sekundärregelreserve niedrig zu halten. Den von der E-Control gewählte Weg, die Kosten für die abgerufene Regelenenergie an die VerbraucherInnen abzuwälzen, lehnt der Österreichische Gewerkschaftsbund ab.

Abschließend möchten wir festhalten, dass eine Begutachtungsfrist von 10 Werktagen keine angemessene Frist zur Stellungnahme zu den Systemnutzungsentgelten, wie in § 49 (3) EIWOG vorgegeben, darstellt.

Mit vorzüglicher Hochachtung


Wolfgang Katzian
Präsident




Mag. Bernhard Achitz
Leitender Sekretär